

**Dr. Magnus Brunner, LL.M.**  
Bundesminister für Finanzen

Johannesgasse 5, 1010 Wien

Herrn Präsidenten  
des Nationalrates  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.884.734

Wien, 15. Februar 2022

Sehr geehrter Herr Präsident!

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 8973/J vom 15. Dezember 2021 der Abgeordneten Dr. Nikolaus Scherak, MA, Kolleginnen und Kollegen beehre ich mich Folgendes mitzuteilen:

Einleitend darf ich festhalten, dass die Ende Jänner 2022 veröffentlichte Studie „Wirtschafts- und Budgetpolitik“ weder meinem Verständnis noch meinen Vorstellungen vom Umgang mit Steuergeldern entspricht. Bereits mein Amtsvorgänger beauftragte in Zusammenhang mit der Vergabe von Studien und Inseraten die Interne Revision mit der Aufarbeitung der Vorgänge. Dieser Weg der Aufklärung und der Transparenz soll weiter fortgesetzt werden. Studien sind auf der Seite des Bundesministeriums für Finanzen (BMF) abrufbar.

Zu 1.:

Das BMF ist bemüht, Informationen stets korrekt zu übermitteln und in schriftlichen parlamentarischen Anfragen zu nennen. Sollten Studien in vergangenen schriftlichen parlamentarischen Anfragen nicht genannt worden sein, entziehen sich die Gründe dafür meiner Kenntnis.

Zu 2.:

Aufgrund von Mehraufwänden im Zuge der Studienerstellung ergab sich die Erhöhung der Gesamtkosten (Anbot: 34.680 Euro).

Zu 3.:

Die Erstzahlung an Frau Beinschab belief sich auf 37.200 Euro brutto – bezahlt 2016 und im Bericht für 2016 zu sehen (hier gab es bereits eine Erhöhung, das Anbot belief sich auf 34.680 Euro).

Bei internen Recherchen wurde Ende Februar 2017 festgestellt, dass im Jänner und Februar 2017 noch 24.000 Euro und 15.600 Euro bezahlt wurden. Diese Beträge wurden in die Forschungsdatenbank eingetragen. Das BMBWF hat jährlich einen Bericht zu erstellen, der gemäß § 8 FOG (Forschungsorganisationsgesetz) dem Nationalrat vorgelegt wurde.

Im Bericht wurden für 2017 76.800 Euro (aufgeschlüsselt: 37.200 plus 24.000 plus 15.600 Euro) eingetragen. Die zu niedrige Eintragung ist darauf zurückzuführen, dass bei einer im Februar/März 2018 stattgefundenen Haushaltsverrechnung die restlichen Einträge für die Studie zu diesem Zeitpunkt wahrscheinlich übersehen wurden.

Im ELAK waren weitere Auszahlungen während des Jahres 2017 verzeichnet, diese wurden in Folge in die Forschungsdatenbank eingetragen und das Projekt abgeschlossen. Daher ist der Endbetrag erst für den Bericht des Jahres 2018 i.H.v. 155.940 Euro angeführt.

Es gilt soweit festzuhalten, dass bei der Zwischenrechnung 2017 nicht der richtige Wert in der Forschungsdatenbank ausgewiesen wurde.

Der Endbetrag von 155.940 Euro ist wie folgt aufzuschlüsseln:

<b>Vertragsgegenstand (lt. Rechnung)</b>	<b>Angebot in Euro</b>	<b>Kosten lt. Rechnung in Euro</b>	<b>Datum Rechnungseingang</b>
Qualitative Studie zum Thema Wirtschafts- und Budgetpolitik (3 Gruppendiskussionen, 10 Tiefeninterviews mit Unternehmern und leitenden Angestellten)	34.680	37.200	16.12.2016
Studie Finanz/Budget- und Steuerpolitik		24.000	23.01.2017
Onlinebefragung n=1100		15.600	02.02.2017
Onlinebefragung n=1200		10.800	18.04.2017
Onlinebefragung n=500		7.200	02.05.2017
Onlinebefragung n=1200		14.400	16.05.2017
Onlinebefragung n=600		7.200	12.06.2017
Onlinebefragung n=500		10.200	21.06.2017
Onlinebefragung n=600		10.200	21.07.2017
Onlinebefragung/Beratungen		19.140	18.10.2017
<b>Gesamtsumme (brutto)</b>		<b>155.940</b>	

Der Bundesminister:

Dr. Magnus Brunner, LL.M.

Elektronisch gefertigt



